

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 17.10.2012
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:20 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Grix, Helga

SPD-Fraktion

Meinen, Regina
Scheffel, Enno

CDU-Fraktion

Ohling, Albert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Lechner, Katja für Wulf-Dieter Stolz

FDP-Fraktion Grundmandat

Fooker, Ralf

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Grix, Wilhelm (bis 17:50 Uhr)
Jensen, Imke
Kruse, Helga
Mühlhausen, Irmgard für Marion Jacobs

Beratende Mitglieder

Engelberts, Birte
Ouedraogo, Abdou
Wittmer-Kruse, Olaf
Reibe, Ulf
Sprengelmeyer, Thomas

von der Verwaltung

Lücht, Richard
Philipps, Egon
Ubber, Wolfgang
Zander, Britta Dr. (bis 19:10 Uhr)
Eiklenborg, Birgit

Protokollführung

Rauch, Agnes

Gäste

Schneider, Rita
Becker, Frank Olaf

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.10.2012

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Sprengelmeyer bittet darum, den Punkt 6 „Zwischenbericht Steuerkreis Frühe Hilfen“ von der Tagesordnung zu nehmen, da Frau Obes heute aufgrund eines anderen Termins verhindert sei und somit nicht vortragen könne. Weiter bittet er darum, den Tagesordnungspunkt 7 „Bericht über die Fahrt nach Grandcamp de Maisy/Frankreich“ vorzuziehen.

Frau Grix weist darauf hin, dass die Tagesordnung um den Punkt „Genehmigung des Protokolls Nr. 6 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 03.07.2012“ erweitert werden müsse.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2.1 Genehmigung des Protokolls Nr. 6 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 03.07.2012 - öffentlicher Teil -

Beschluss: Das Protokoll Nr. 6 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 03.07.2012 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 19.07.2012 - öffentlicher Teil -

Beschluss: Das Protokoll Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 19.07.2012 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.10.2012

BESCHLUSSVORLAGEN

- TOP 5** Zuschuss an die Klinikum Emden gGmbH für die Projekte Familienhebammenzentrale und Puppvisit
Vorlage: 16/0492

Herr Lücht führt aus, wie aus der Vorlage ersichtlich sei, sollte eigentlich bis zum Juni 2012 eine Vereinbarung mit dem Klinikum abgeschlossen werden, um dieses Projekt zu verstätigen und eine nachhaltige Förderung auf den Weg zu bringen. Dieses sei innerhalb der Verwaltung nicht gelungen und müsse nunmehr für das zweite Halbjahr nachgeholt werden. Das Projekt würde weiterlaufen und es gehe jetzt darum, einen Bescheid zu erteilen, dass die Finanzierung für das Jahr 2012 gesichert werde. Der Vorschlag der Verwaltung sei es, das ursprüngliche Ziel, eine verstetigte Regelung mit dem Klinikum zu finden, auch für die nächsten Jahre dauerhaft umsetzen zu können.

Frau Meinen erklärt, ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen, weil es ein wichtiges Thema sei. Weiter bemerkt sie, sie sei auch sehr an einer Rückmeldung interessiert, wie sich die Projekte entwickelt hätten.

Beschluss: Die Klinikum Emden gGmbH erhält für die Projekte Familienhebammenzentrale und Puppvisit für den Zeitraum vom 01.07. – 31.12.2012 eine Zuwendung in Form einer Festbetragsfinanzierung in Höhe von 27.000 €.
Vorbehaltlich der Bereitstellung von Haushaltsmitteln für das 1. Halbjahr 2013 erhält die Klinikum Emden gGmbH für die Projekte Familienhebammenzentrale und Puppvisit für den Zeitraum vom 01.01. – 30.06.2013 eine Zuwendung in Form einer Festbetragsfinanzierung in Höhe von 27.000 Euro.

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Verstetigung des Projekts eine Leistungs- und Entgeltvereinbarung bis zum 30.06.2013 mit dem Träger zu verhandeln und vorzubereiten.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

- TOP 6** Zwischenbericht Steuerkreis Frühe Hilfen
Vorlage: 16/0493

Ergebnis: Vertagt

- TOP 7** Bericht über die Fahrt nach Grandcamp de Maisy / Frankreich im Sommer 2012 im Rahmen der internationalen Begegnungen der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Emden (AWO Emden)
Vorlage: 16/0494

Herr Philipps erklärt, in den vergangenen Jahren seien den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses einige Fahrten vorgestellt worden, die seitens der Jugendförderung aufgrund der Richtlinien gefördert worden seien, um letztlich den Ausschussmitgliedern einen Eindruck zu geben, wie diese Fahrten ablaufen würden. Heute habe sich Herr Grix dazu bereit erklärt, einen Bericht über die Fahrt nach Grandcamp de Maisy zu geben.

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.10.2012

Herr Grix gibt anhand einer PowerPoint-Präsentation einen ausführlichen Bericht über die Fahrt nach Grandcamp de Maisy/Frankreich. Die Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Grix bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Fooken stellt heraus, man merke, mit welchem Herzblut Herr Grix dabei sei. Er habe Respekt vor seiner Lebensleistung und bedanke sich dafür.

Herr Ouedraogo bedankt sich ebenfalls und erklärt, Demokratie müsse immer wieder bestätigt werden. Es sei wichtig, Jugendlichen die Grausamkeit einer kriegerischen Handlung nahezu bringen, damit sie nicht wieder passiere.

Herr Sprengelmeyer führt aus, seitens der Verwaltung wolle er sich an dieser Stelle ganz herzlich bei Herrn Grix bedanken. Besonders begrüße er es, dass es Herrn Grix gelingen würde, auch immer wieder junge Leute in die Verantwortung zu nehmen und in die Lagerleitung einzubinden. Er hoffe, dass mit der Unterstützung von Herrn Grix und auch des Jugendhilfeausschusses diese Fahrt noch lange durchgeführt werden könne. In Herrn Grix habe man jemanden, der hier beispielhaft über Jahrzehnte diese Fahrten durchgeführt habe. Solche Personen und Engagements seien selten zu finden.

Frau Meinen erklärt, sie könne sich den Ausführungen von Herrn Sprengelmeyer nur anschließen und bedankt sich ebenfalls bei Herrn Grix.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Information zum präventiven Modellprojekt - Abgabe von Alkohol, Tabak und dem Zugang zu Glücksspielen an bzw. für Kinder und Jugendliche (angelehnt an das KAFKA Projekt in Berlin von der Abt. Gesundheit und Soziales)
Vorlage: 16/0495

Herr Sprengelmeyer führt aus, Jugendschutz sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sei im letzten Jahr dadurch gestärkt worden, indem bei der Stadt stellenmäßig aufgebessert worden sei. Bisher habe man im Stellenplan eine halbe Stelle für die Bereich Jugendschutz und schulbezogene Sozialarbeit gehabt. Frau Eiklenborg sei nunmehr seit November 2011 in diesem Bereich tätig und habe sich sehr intensiv mit dem Kinder- und Jugendschutz auseinandergesetzt. Ganz wesentlich sei es, hier gesellschaftliche Netze zu entwickeln. In dem nun folgenden Projekt seien unter der Regie von Frau Eiklenborg auch das Jobcenter, das Veterinäramt, die AWO, die Fachstelle Sucht und Suchtprävention (Drobs), die Drogenberatungsstelle Leer, die BBS I – Berufsfachschule Sozialassistenten - beteiligt gewesen.

Frau Eiklenborg stellt sich zunächst vor und gibt dann Informationen zum präventiven Modellprojekt - Abgabe von Alkohol, Tabak und dem Zugang zu Glücksspielen an bzw. für Kinder und Jugendliche.

Herr Becker stellt sich ebenfalls vor und erläutert kurz seinen bisherigen beruflichen Werdegang.

Frau Grix bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Ohling stellt heraus, ein Jahr sei nicht ausreichend, wenn alle Gewerbetreibenden aufgesucht werden sollten. Weiter bemerkt er, das Logo sei seiner Meinung nach ganz gut, jedoch

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.10.2012

würde es in vielen Gaststätten schon ein Hinweis auf das Jugendschutzgesetz geben. Abschließend fragt er an, wie das weitere Verfahren sei und ob Testkäufe geplant seien.

Frau Lechner bedankt sich für die Vorstellung des Projekts. Gerade als Lehrerin würde es ihr auffallen, wie schlimm es sei, wenn die Jugendlichen am Wochenende sehr viel Alkohol trinken würden. Doch diesen bekämen sie meistens von jungen Erwachsenen und nicht über die Gewerbetreibenden. Begrüßen würde sie es auch, dass man hier nicht von einer Bestrafung ausgehe, sondern von einer Kooperation.

Herr Ouedraogo bedankt sich ebenfalls für die Vorstellung dieses wichtigen Projekts. Ihm würden oftmals Kinder und Jugendliche begegnen, die trinken oder rauchen würden. Gerade als Mitglied des Jugendhilfeausschusses müsse man hier reagieren. Bezüglich des Projekts führt er aus, hier werde sehr viel Energie benötigt und wünsche viel Erfolg.

Frau Eiklenborg stellt heraus, durch das Logo solle man sich ein bisschen mehr verbunden fühlen. Es sei eine Selbstverpflichtung und ein Zeichen nach außen der Gewerbetreibenden, die sich an diesem Emden Projekt beteiligen würden.

Hinsichtlich der Testkäufe erklärt Frau Eiklenborg, dieses Projekt ersetze sicherlich keine Testkäufe. Es sei noch einmal eine ganz andere Herangehensweise im ordnungsrechtlichen Jugendschutz auf einer präventiven Ebene.

Frau Meinen bedankt sich für diese Idee. Sie halte es aber auch für wichtig, die Kinder und Jugendlichen anzusprechen, dass diese sich auch nicht von jungen Erwachsenen den Alkohol organisieren lassen sollten. Ihrer Ansicht nach sollte man in die Schulen gehen und dort Aufklärung betreiben. Eigentlich sollte dieser Aufkleber mit dem Logo auf jeder Schultasche sein, so dass die Jugendlichen sich mit diesem Thema auseinandergesetzt hätten.

Herr Sprengelmeyer stellt heraus, Prävention habe ganz viele Facetten und auch im Jugendschutzbereich gäbe es verschiedene Zielgruppen. Hier sei ganz deutlich noch einmal die Zielgruppe deren genannt worden, die man bisher immer nur im Bereich Kontrolle und Testkäufe erreicht hätte. Das Projekt würde die Gewerbetreibenden auffordern, auch Verantwortung zu übernehmen.

Herr Fooken macht auf das Problem aufmerksam, dass auch junge Erwachsene, die gerade das 18. Lebensjahr vollendet hätten, sich dermaßen stark betrinken würden und dadurch nicht mehr in der Lage seien, sich zu kontrollieren. Er regt an, die Gaststättenbesitzer darauf hinzuweisen, dass sie auch diesen jungen Menschen gegenüber im Rahmen des Ausschanks Verantwortung hätten.

Herr Wittmer-Kruse bemerkt, oftmals sei es nicht bekannt, dass Rauchen für Jugendliche vom Gesetz her verboten sei, auch wenn die Eltern es erlauben sollten. Daher würde er sehr wichtig finden, dass Aufklärung betrieben werde.

Frau Grix stellt fest, es würde eine Wortmeldung einer Schülerin der BBS I aus dem Zuschauerraum vorliegen und fragt den Ausschuss, ob etwas dagegen sprechen würde, wenn diese zu Wort käme.

Die Mitglieder des Ausschusses haben keine Einwände.

Frau Tomke Mammes erklärt, sie habe an diesem Projekt mitgearbeitet und möchte sich bei Frau Eiklenborg bedanken, dass sie den Schülerinnen und Schülern ganz offen entgegengetreten sei. Man habe sehr viel Spaß bei der Arbeit gehabt. Hinsichtlich des Logos führt sie aus, dass es sich hier auch um ein Qualitätslogo handele und zeige, man sei dabei und mache mit.

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.10.2012

Herr Becker bezieht sich auf die Wortmeldung von Herrn Ohling und bemerkt, der Hinweis auf das Jugendschutzgesetz müsse in Gaststätten usw. aushängen. Dieses sei gesetzlich vorgeschrieben. Das nun geplante Projekt habe einen anderen Stellenwert, da es sich um eine freiwillige Angelegenheit handle.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Information zum Präventionsprojekt „Echt Klasse - Spielstationen zum Starksein“
Vorlage: 16/0496

Herr Sprengelmeyer führt aus, dieses sei ein weiterer Bereich im Rahmen des Jugendschutzes, präventiv gegen sexuelle Misshandlung und sexuellen Missbrauch vorzugehen. Hierbei handle es sich um ein ganz umfangreiches und schwieriges Feld. Ein Ansatz dabei sei auch die Überlegung, wie man Kinder und Jugendliche stark machen könne, um für sich eintreten zu können. Zu diesem Thema würde es z. B. auch für den Bereich der Grundschulen die Möglichkeit einer Ausstellung, die Frau Eiklenborg gleich vorstellen werde.

Er führt weiter, dieses könne ein Aufschlag sein, um gerade diesen Bereich der Aufklärungen weiter zu forcieren. Auch in einigen anderen Bereichen wie z. B. im Rahmen des Bundeskinerschutzgesetzes werde man sich mit diesem wichtigen Thema beschäftigen müssen.

Frau Eiklenborg erklärt, es sei dringend in den Grundschulen etwas gesucht worden, was zur Selbstbehauptung und Bewusstseinsstärkung beitrage. Somit sei sie auf das Präventionsprojekt „Ja zum Nein“ aus Schleswig-Holstein von dem Präventionsbüro Petze gestoßen. Dieses sei ein Projekt mit drei Bausteinen, das für Kinder von der zweiten bis zur vierten Klasse gedacht sei. Gemeinsam mit den Projektpartnern habe man sich dafür entschieden, das Projekt für die vierten Klassen der Grundschulen anzubieten. Es gehe darum, Kindern mit ihren Rechten und Kompetenzen ganz deutlich zu stärken und ihnen Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Auch sollten die Lehrkräfte in ihrer Arbeit unterstützt und die Eltern realistisch informiert werden, um evtl. Ängste abzubauen. Im Mittelpunkt stehe die Ausstellung, die in der Zeit vom 16. bis 30.11.2012 in den Räumen der BBS I stattfinden werde. Hierbei handle es sich um einen Mitmach-Parcours auf der Grundlage eines erlebnisorientierten Konzeptes. Die Kinder könnten ganz viel ausprobieren, mit den unterschiedlichsten Sinnen die Themen aufnehmen und sich auch ganz spielerisch mit den Prinzipien der Prävention auseinander setzen. In dieser Ausstellung würde es sechs Spielstationen zu verschiedenen Präventionsbausteinen geben, die so als Dreiecke konzipiert seien, dass es möglich sei, von drei Seiten sich damit zu beschäftigen zu können.

Frau Eiklenborg weist darauf hin, die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses würden eine Einladung zu der Auftaktveranstaltung am 16.11.2012 erhalten und hätten somit die Möglichkeit, sich die Ausstellung anzusehen.

Weiter führt sie aus, ganz wichtig sei es, dass auch die Lehrkräfte unterstützt würden. Daher werde es eine Fortbildung zum Thema „Prävention Sexueller Missbrauch“ geben, zu der alle Lehrkräfte, die ihre Schulklassen angemeldet hätten, eingeladen würden. Die Eltern würden einen Abend, bevor ihre eigenen Kinder die Ausstellung besuchen, die Möglichkeit haben, diese Ausstellung kennenzulernen, um dann evtl. mit ihren Kindern über dieses Thema ins Gespräch kommen zu können.

Frau Eiklenborg bemerkt abschließend, es hätten sich zehn Schulen angemeldet, sodass insgesamt 19 Klassen der vierten Jahrgangsstufe die Ausstellung besuchen würden.

Frau Grix bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.10.2012

Herr Fooken bedankt sich für die Vorstellung dieses sehr interessanten Projektes. Seiner Meinung sollte es nicht nur auf diesen 14tägigen Zeitraum ausgelegt sein, sondern auch den nachwachsenden Kindern angeboten werden. Er wirft die Frage auf, ob die Viertklässler tatsächlich die richtigen Adressaten seien, da häufig noch jüngere Kinder von Übergriffen betroffen seien.

Frau Meinen begrüßt dieses Projekt, zumal auch die Eltern hier eingebunden würden. Sie fragt an, wie hoch die Kosten der Ausstellung seien und ob daran gedacht werde, auch in den folgenden Jahren ein derartiges Projekt stattfinden zu lassen.

Herr Ouedraogo stellt sich die Frage, ob diese Ausstellung einen Weg aufbereite, um sich mit dem Thema in der Kommune zu beschäftigen.

Herr Ohling begrüßt ebenfalls dieses Projekt und fragt an, ob sich alle vierten Klassen daran beteiligen würden.

Frau Schneider führt aus, sie arbeite in dem Bereich Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch oder gegen häusliche Gewalt an Kindern und Jugendliche und werde immer mit dem Thema konfrontiert, wenn es schon passiert sei oder zumindest der Verdacht vorhanden sei. Im präventiven Bereich versuche man durch Vernetzung durch den Arbeitskreis gegen Gewalt und sexuelle Misshandlung Dinge zu initiieren. Sie stellt heraus, man sei auch dabei, ein Konzept zu erarbeiten, wie eine langfristige Umsetzung eines Projektes in Emden entwickelt werden könne.

Frau Eiklenborg bemerkt, mit den vierten Klassen wolle man zunächst einsteigen und dann schauen, wie das Projekt angenommen und wahrgenommen werde, wie die Eltern mit diesem Thema umgehen würden. Danach könne man sehen, in welcher Form man weitermachen wolle. Dann könne man durchaus auch die jüngeren Kinder einbeziehen. Nunmehr wolle man zunächst Erfahrungen mit dieser Ausstellung machen.

Herr Philipps bezieht sich auf die Frage nach den Kosten und erklärt, diese Ausstellung werde von einem Präventionsbüro aus Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellt. Die Kosten seien überschaubar und derzeit im Rahmen der Finanzen des Fachdienstes Jugendförderung abgedeckt. Es sei geplant, auch in den nächsten Jahren präventive Maßnahmen, Ausstellungen etc. durchzuführen, da gerade hier eine Notwendigkeit gesehen werde.

Herr Sprengelmeyer ergänzt im Hinblick auf die Nachhaltigkeit, auch in anderen Arbeitsbereichen wie z. B. in den Kindertagesstätten würde das Thema „Kinder stark machen“ bereits thematisiert über die unterschiedlichsten Projekte. Weiter stellt er heraus, durch die hervorragende Verzahnung zwischen dem Schulbereich und dem Jugendhilfebereich sei es für den Fachbereich sehr einfach, auch auf die Schulen zuzugehen. Frau Eiklenborg konnte im Rahmen der Schulentwicklungsplanung das Projekt im Beisein aller Schulleiter vorstellen, sodass auch hier strukturell Nachhaltigkeit für den Schulbereich schon aufgebaut sei.

Frau Engelberts ist der Ansicht, dass dieses auch ein wichtiges Thema für den Präventionsrat der Stadt Emden sei, zumal es zum Thema Mediennutzung eine wichtige Verbindung geben würde. Auch im Kindertagesstättenbereich würde es große Bedarfe geben, die Handlungskompetenz des pädagogischen Fachpersonals in den Einrichtungen zu stärken.

Herr Sprengelmeyer bemerkt anschließend, es begrüße es, dass sich so viele Schulen und Klassen relativ kurzfristig darauf eingelassen hätten. Die Frage, wie viele vierte Klassen sich beteiligen würden, werde ebenfalls wie die Frage zu den Kosten über das Protokoll beantwortet.

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.10.2012

Anmerkung der Protokollführung:

Insgesamt gibt es in Emden 21 vierte Klassen. Es beteiligen sich 18 vierte Klassen der Grundschulen und eine Förderschulklasse - insgesamt also 19 Klassen – an diesem Projekt. Die Kosten für dieses Projekt betragen insgesamt 2.066 €.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 10 Einführung eines Betreuungsgeldes;
- Antrag FDP vom 12.07.2012
Vorlage: 16/0497

Herr Fooken stellt fest, er habe persönliche Bedenken, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen. Man wolle hier eine Resolution in Richtung bundespolitische Bedeutung absetzen. Es sei bekannt, welche Partei sich vehement für die Einführung des Betreuungsgeldes stark mache. Seiner Ansicht nach würde eine solche Resolution, die den Wortlaut der FDP-Fraktion umfasse, bundespolitisch insofern die Möglichkeit geben, diesem zuzustimmen, weil sie dann landespolitisch selber in der Lage wären, zu entscheiden, ob sie das Betreuungsgeld tatsächlich einsetzen und für den Kindergartenausbau etc. einsetzen wollen. Mit seinem Antrag solle bundespolitisch erreicht werden, dass hier ein möglichst breiter Konsens hergestellt werden könne und dass landespolitisch entschieden werde, was letztendlich mit diesen Finanzmitteln gemacht werde.

Weiter führt Herr Fooken aus, der hier vorliegende Vorschlag der Verwaltung grenze das Ganze so stark ein, dass die CSU nicht mehr landespolitisch entscheiden könne, das Betreuungsgeld einzusetzen, da der Wortlaut der Resolution so eng gefasst sei, dass es das Betreuungsgeld für die CSU ausschließe. In Niedersachsen und auch insgesamt weitest gehenden Bund sei das Betreuungsgeld nicht gewollt. Vor diesem Hintergrund bitte er darum, dem Textvorschlag der FDP-Fraktion zuzustimmen, obwohl er persönlich eine große Sympathie für den Vorschlag der Verwaltung habe.

Herr Ubben erklärt, er könne diese Position verstehen und ist der Ansicht, man sollte hier ein bundesweites Signal setzen, unabhängig davon, ob man der Bayerischen Landesregierung nun diesen Ausweg ermöglichen würde oder nicht. Insofern würde die Verwaltung bei ihrem Vorschlag bleiben. Bezüglich des gesamten Betreuungsausbaus dürfe nicht vergessen werden, dass auch Erzieherinnen und Erzieher benötigt würden, die auch Geld kosteten. Es müssten teilweise auch neue Krippen gebaut werden. Über die Betriebskosten werde auch nie gesprochen. Zwar werde es auf Landesebene über die Personalkostenförderung im investiven Bereich wieder mehr Geld geben, doch das decke es bei Weitem nicht ab. Abschließend gibt Herr Ubben zu bedenken, dass damit auch ein Verwaltungsaufwand verbunden sei. Die aktuellen Überlegungen würden davon ausgehen, dass die Stelle beim Elterngeld angesiedelt werden sollte. Somit müsste zwischen dem Fachbereichen 500 und 600 eine Schnittstelle geschaffen werden. Auch müsste ermittelt werden, ob die Kinder, für die Betreuungsgeld beantragt werde, in Kindertagesstätten seien. Damit sei ein erheblicher Sachaufwand verbunden.

Frau Meinen teilt mit, die SPD-Fraktion könne sich der Stellungnahme der Verwaltung anschließen. Mit dem Betreuungsgeld könne man sich jedoch nicht vereinbaren und werde den Beschlusssentwurf des Antragsstellers ablehnen. Ihrer Fraktion sei es wichtig, dass die Kinder in die Kindertagesstätten kommen würden. Auch sei es wichtig, dass die Kommune abgesichert sei und die Erzieherinnen und Erzieher in ihrer Ausbildung unterstützt würden.

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.10.2012

Herr Ohling stellt heraus, die CDU-Fraktion werde dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen. Zudem wundere es ihn, dass die SPD-Fraktion zustimmen wolle, da im Jahre 2008 von der großen Koalition das Betreuungsgeld überlegt worden sei.

Herr Fooken bemerkt, zwischen dem Beschlussentwurf der Antragstellerin und dem abweichenden Beschlussentwurf der Verwaltung würde es kaum einen Unterschied geben. Er betont, die FDP-Fraktion sei strikt gegen das Betreuungsgeld und habe mit dem Textvorschlag versuchen wollen, im Rahmen der Bundespolitik eine Brücke zu bauen. Er ziehe insofern seinen Textvorschlag zurück und bittet um Abstimmung über den Vorschlag der Verwaltung.

Frau Grix stellt fest, dass somit die FDP-Fraktion ihren Beschlussentwurf zurückgezogen habe und lässt über den abweichenden Beschlussentwurf der Verwaltung abstimmen.

abweichender

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden fordert die Bundesregierung auf, die Finanzmittel für das geplante Betreuungsgeld den Ländern zur Verfügung zu stellen.

Die Länder würden dann in eigener Verantwortung entscheiden, ob die Mittel für den weiteren Ausbau der Betreuungsinfrastruktur oder die zusätzliche Förderung der Betriebskosten eingesetzt werden.

Ergebnis: einstimmig

Ja-Stimmen: 6	Nein-Stimmen: 1	Enthaltungen: 2
---------------	-----------------	-----------------

TOP 11 Aktionsprogramm Kindertagespflege;
- Antrag FDP vom 14.07.2012
Vorlage: 16/0498

Herr Ubben erklärt, im Mai 2012 habe die FDP-Fraktion eine Anfrage zum Aktionsprogramm Kindertagespflege gestellt, die von der Verwaltung schriftlich beantwortet sei. Er wolle an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen und den in Emden tätigen Tagespflegepersonen danken, denn ohne sie würde es wirklich schwer sein, die 35-%-Quote überhaupt zu erreichen.

Er führt weiter aus, grundsätzlich sei die Idee zu dieser zweiten Stufe des Aktionsprogramms nicht schlecht und die Verwaltung könnte sich auch eine Umstellung vorstellen. Jedoch seien noch viele Fragen nicht geklärt wie z. B. was passiere, wenn die Pflegeurlaubnis entzogen werde oder wie die Regelung mit Urlaubsansprüchen und Krankheitsvertretungen sei. Er stellt heraus, letztendlich biete dieses Förderprogramm keine Lösung für die Stadt Emden, zumal eine Festanstellung immer abhängig vom Bedarf sei. Auch arbeitsschutzrechtliche Dinge seien noch nicht geregelt. Solange es hierauf noch keine Antworten geben würde, würde er im Moment auch davon absehen wollen, dieses Aktionsprogramm umzusetzen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 12 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Neueinstellungen im Sozialen Dienst

Herr Sprengelmeyer weist darauf hin, dass zum 01.09.2012 im Bereich des Sozialen Dienstes Neueinstellungen vorgenommen worden seien und zwei Mitarbeiterinnen in der Bezirkssozialarbeit und eine Mitarbeiterin im Pflegekinderdienst ihren Dienst aufgenommen hätten.

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.10.2012

2. Ausbauplanung

Herr Ubben erklärt, am 12.06.2012 habe er den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses die Ausbauplanung der ev. ref. Kirche in Borssum und auch die finanzielle Beteiligung der Landes- und Bundesmittel vorgestellt. Nunmehr würde die Stadt Emden jedoch aus dem Restkontingent nicht nur 155.000 € erhalten, sondern die volle Förderung in Höhe von 217.500,00 €. Seiner Ansicht hänge dieses damit zusammen, dass nicht alle Träger in Niedersachsen ihre Maßnahmen so schnell umsetzen hätten können.

3. Projekt OBW

Herr Ubben teilt mit, auch habe er dem Ausschuss das Projekt der OBW vorgestellt, in dem die Mittel nach der neuen Richtlinie RAT in Höhe von 315.000 € enthalten seien. Der Bund habe sich entschieden, noch weitere Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen. Somit werde es eine neue Richtlinie RAT II geben. Um in den Genuss der erhöhten Förderung zu kommen, müsse man jedoch den alten Antrag zurückziehen und einen neuen stellen. In der Rangfolge würde man jedoch bleiben. Seine telefonische Anfrage, warum kein Ergänzungsantrag gestellt werden könne, sei nicht ausreichend beantwortet worden. Als Begründung werde lediglich die neue Richtlinie angegeben. Er wolle nunmehr noch einmal mit der Landesschulbehörde in Kontakt treten, um doch noch in Genuss der erhöhten Förderung in Höhe von 31.500,00 € zu kommen.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, die Lage sei insoweit prekär, als dass die Verwaltung von der bewilligenden Stelle auch keinen schriftlichen Hinweis erhalten habe. Dieses mache ihn an der Stelle ein bisschen skeptisch. Daher wolle man zunächst den Antrag nicht zurückziehen, da niemand garantieren könne, dass das neue Verfahren auch funktioniere.

TOP 13 Anfragen

1. Auslastung der Kindergartenplätze

Frau Meinen erkundigt sich nach der Auslastung der Kindergartenplätze und nach den Wartelisten.

Anmerkung der Protokollführung

Die Verwaltung hat aktuell im Oktober eine Umfrage an die Träger gestartet, in der diese bis zum 15.11.2012 die tatsächliche Auslastung in den Gruppen mitteilen sollen. Danach wird eine Gegenüberstellung der Soll- und Ist-Zahlen erfolgen, um zu ermitteln, in welchen Einrichtungen welche freien Plätze zur Verfügung stehen.

2. Fortbildung der Erzieher/Erzieherinnen in den Kindertagesstätten

Frau Meinen bemerkt, es seien 20.000 € für die Fortbildung der Erzieher/Erzieherinnen in den Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt worden. Sie fragt an, wie dieses aufgenommen worden sei, welche Fortbildungsmöglichkeiten dort entwickelt worden seien und ob noch weitere Mittel in den Haushalt eingestellt werden müssten.

Anmerkung der Protokollführung:

Von der Verwaltung wurde seit September 2011 eine Vielzahl von Fortbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kitas organisiert und zum Teil auch durchgeführt. Eine Übersicht über die bereits erfolgten sowie die noch geplanten Fortbildungen wird dem Protokoll als Anlage beigefügt. Darüber hinaus werden regelmäßig über die Hochschule sowie weitere Bildungsträger kostenlose bzw. kostengünstige Fortbildungen für die Zielgruppe angeboten. Die dafür bereitgestellten zusätzlichen Mittel sind auskömmlich.

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.10.2012

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.